Bericht der Landrätin auf der Kreistagssitzung am 08.06.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
werte Damen und Herren Abgeordnete,
werte Gäste!

Wir leben in einer an Herausforderungen reichen Zeit, die nicht nur uns allen, die Verantwortung tragen, sondern insbesondere allen Bürgerinnen und Bürgern sehr viel abverlangt.

Das beherrschende Thema zurzeit ist der schreckliche **Krieg in der Ukraine**.

Die Bilder von Menschen, die teilweise traumatisiert ihre Heimat verlassen müssen, von Vätern die sich am Bahnhof von ihren Familien verabschieden müssen ohne zu wissen, ob sie sich je wiedersehen, von weinenden Menschen, die alles verloren haben, aber auch von ganz jungen Männern, die auf beiden Seiten der Front einen Krieg führen, der aus meiner Sicht keinen Gewinner zurücklassen wird, ist schmerzlich mit anzusehen.

Ich bin sehr dankbar, dass auch hier bei uns in der Uckermark die Hilfsbereitschaft für aus der Ukraine geflüchtete Menschen sehr groß ist. Das Seehotel Templin beispielsweise hatte uns kurzfristig bis Ende April 150 Plätze in 40 Zimmern zur Verfügung gestellt, um Geflüchteten eine Unterkunft bereitzustellen. Mit Stand 31. Mai leben insgesamt 673 Geflüchtete in Wohnungen. Viele Ferienwohnungen wurden und werden von geflüchteten ukrainische Familien bewohnt und die ehrenamtliche Unterstützung für diese Menschen ist sehr groß.

In der Uckermark sind bisher insgesamt 1.006 Geflüchtete aus der Ukraine registriert.
Darunter 375 Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre, 61 Jugendliche in der Altersgruppe 16 bis 18 Jahre, 44 Personen, die 19 bis 25 Jahre alt sind, 467 26- bis 67jährige und 52 Menschen, die älter sind als 67 Jahre.

Unsere Aufgabe als Landkreis ist es, die Flüchtlinge adäquat unterzubringen, die medizinische Versorgung zu gewährleisten, für eine finanzielle Ausstattung zu sorgen und - soweit möglich – Integration in Kita, Schule oder Arbeit zu ermöglichen.

Unser Ziel war es von Beginn an, die ukrainische Flüchtlinge nicht in unseren Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen, um mögliche Konfliktpotentiale zu minimieren.

Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit unserer UEG kurzfristig in Prenzlau in der Brüssower Allee eine zusätzliche Unterkunft geschaffen und werden in Schwedt in der ehemaligen Ehm- Welk Schule weitere Plätze vorhalten, um für den Notfall kurzfristig gute Unterkünfte bereitstellen zu können - jenseits möglicher Turnhallennutzungen.

Ich danke an dieser Stelle auch ganz besonders Herrn Ulrich, Leiter des Sozialamtes, und Herrn Dziwis sowie dem ganzen dafür zuständigen Team für die geleistete anstrengende Arbeit der letzten Wochen.

Mit Wirkung 1. Juni hat der Bundesgesetzgeber einen Rechtskreiswechsel für ukrainische Geflüchtete hin zu den Jobcentern vorgenommen. Der **Rechtskreiswechsel** in die Zuständigkeit des SGB II läuft in enger und sehr guter Abstimmung zwischen Sozialamt und Jobcenter.

Aber auch unser Ordnungsamt war in den letzten Wochen mit der Anmeldung und Registrierung der ukrainischen Flüchtlinge stark in Anspruch genommen. Jede der ca. 900 über die sogenannte PIC-Station vollzogene Registrierung dauert pro Person 20 bis 30 Minuten. Auch da bin ich der Amtsleiterin Frau Diesterhaupt und ihrem Team dankbar, dass diese Aufgabe in so hoher Qualität neben all den anderen Herausforderungen geleistet werden konnte.

Die Schicksale dieser geflüchteten Menschen sind zutiefst bewegend und haben in der Uckermark nicht nur eine große Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft ausgelöst, sondern auch die Spendenbereitschaft ist ungebrochen.

Bis heute sind auf dem vom Landkreis eingerichteten Spendenkonto **„Uckermark hilft Ukraine“** insgesamt 66.922 Euro eingegangen. Ich möchte den heutigen Kreistag dafür nutzen, um Sie und die Öffentlichkeit über die Verwendung dieses Geldes zu informieren:

Die Bürgerstiftung Uckermark-Barnim hat für 50.730,25 Euro medizinische Geräte, Medikamente, Notstromaggregate, Decken, Verbandmaterialien und vieles mehr gekauft und zusammen mit weiteren Spendengütern über insgesamt drei Hilfstransporte direkt in die Ukraine transportiert.

Weitere 10.000 Euro aus den Spendenmitteln wurden auf Antrag unserem künftigen polnischen Partnerkreis Walcz zur Verfügung gestellt, um zum Beispiel Lebensmittel, Hygieneartikel oder Generatoren für Kriegsflüchtlinge zu kaufen, die sich dort aufhalten. Darüber hinaus hat unser Ordnungsamt für knapp 2.300 Euro (2.294,80 €) Sanitätsmaterial gekauft, das ebenfalls über Polen in die Ukraine geliefert wurde.

Aus Beständen des Katastrophenschutzlagers wurden außerdem Luftmatratzen, Wolldecken, Kopfkissen und Bettwäsche zur Verfügung gestellt, die nicht aus den Spendengeldern bezahlt wurden.

Die Spendenbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ist vom ersten Tag an sehr groß. Ich danke allen sehr herzlich.

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,

im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine stehen die von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verhängten Sanktionen. Ich bin der Meinung, dass es richtig ist, dass diese Aggression Russlands gegenüber der Ukraine nicht zu akzeptieren ist und Maßnahmen ergriffen werden müssen, um gegenüber dem russischen Präsidenten zu intervenieren.

Aber eine sich ständig erhöhende Eskalationsstufe kann auf Dauer nicht die Lösung sein. Es braucht aus meiner Sicht immerwährende diplomatische Bemühungen, um diesen schrecklichen Krieg, der keinen Gewinner, sondern nur sehr viele Verlierer

bringt, schnellstmöglich zu beenden. Wir alle spüren die Auswirkungen im täglichen Leben und das, obwohl bisher weder ein Öl- noch ein Gasembargo greift. Was passiert, wenn diese so wichtigen Rohstoffe nicht mehr zur Verarbeitung in Deutschland zur Verfügung stehen?

Für das **PCK in Schwedt** erkennen wir jetzt schon die Folgen eines Ölembargos, welches ab dem 1.01.23 geplant ist. Dauerhaft wird PCK ohne russisches Öl aus meiner Sicht nicht existieren können. Unser PCK, dass über eine Pipeline umweltschonend, sicher und kostengünstig seit über 60 Jahren versorgt worden ist, wird jetzt durch eine politische Entscheidung in Frage gestellt.

Das kann ich nicht akzeptieren, denn die Auswirkungen sind fatal: Die Versorgungssicherheit mit Benzin, Diesel, Kerosin und Bitumen für weite Teile Brandenburgs und Westpolens ist gefährdet und müsste dann über massenhafte LKW-Transporte irgendwie realisiert werden – aus meiner Sicht ist das ökologischer Wahnsinn!

Rohöl über Rostock müsste aus anderen Staaten beschafft werden, von großen Tankern auf kleinere Tanker umgeladen werden, weil der Hafen Rostock einen entsprechenden Tiefgang nicht hat und jeden 3. bis 4. Tag muss ein Schiff im Rostocker Hafen entladen werden, um letztendlich max. 50 % der Auslastung des PCK zu realisieren. Von Problemen der Ölverarbeitung aufgrund anderer Ölqualitäten ganz zu schweigen.

Die Ausführungen von Minister Habeck zu den Versuchen das PCK zu unterstützen, konnten weder bei mir noch bei der Belegschaft für Beruhigung sorgen. 1.200 gut bezahlte Arbeitsplätze und rund 2.500 Beschäftigte bei PCK-Dienstleistern sind in Gefahr. Eine ganze Region, die sich nach der Wende mühsam entwickelt hat, wird hier geopfert.

Das Versprechen war, die Sanktionen sollen uns nicht stärker treffen als Putin. Der Osten Deutschland hat aus meiner Sicht ein Recht darauf, dass unsere Interessen genauso gewahrt bleiben! Der Bundeskanzler und jeder Minister der Bundesrepublik hat einen Eid geschworen, dem deutschen Volk zu dienen. Wir Uckermärker, wir Brandenburger sollten da miteingeschlossen sein!

Werte Damen und Herren Abgeordnete,
werte Gäste!

Die Bürgerinnen und Bürger aus der Ukraine tragen mit Abstand die schwerste Last dieses Krieges. Dennoch spüren auch wir die Auswirkungen in sehr vielen Bereichen:
Stark gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise zum Beispiel stellen viele Familien vor enorme Probleme.

Auswirkungen haben die Preissteigerungen aber auch bei uns in der Verwaltung.
Schon im vergangenen Jahr hat die Corona-Pandemie neben vielen anderen Auswirkungen auch zu Lieferschwierigkeiten bei Bau- und Büromaterialien geführt. Der Krieg in der Ukraine führt sowohl für private und gewerbliche Auftraggeber als auch für die öffentliche Hand zu enormen Preissteigerungen in fast allen Bereichen.

Unter anderem stieg der Preis für Dieselkraftstoff, der ja auch für Straßen- und Schienenfahrzeuge benötigt wird, im März binnen Monatsfrist um 30 % und lag damit um 65 % über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats. Der Preis für Bitumen aus Erdöl ist im März im Vergleich zum Februar um 8,4 % und der Preis für Asphalt um 5,2 % gestiegen. Die Materialengpässe haben sich auch auf die Stahlpreise, Preise für Bauholz und Kupfer ausgeweitet. Die Liste könnte ich noch weiter fortführen.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Haushaltsführung 2022. Gegenwärtig sind wir auch dabei, die Haushaltsplanung für das Jahr 2023 zu erarbeiten. Die Frage steht: Was können wir uns im nächsten Jahr noch als Aufgaben vornehmen? Ein Risiko bleibt, aber ich bin zuversichtlich, dass wir geeignete Maßnahmen finden werden, um auch im nächsten Jahr weitere Projekte zu beginnen. So sind unter anderem Baumaßnahmen an Schulen in Trägerschaft des Landkreises geplant, um die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen auf einem hohen Niveau erbringen zu können.

Liebe Abgeordnete,

die **Corona-Pandemie**, die ja in meinen zurückliegenden Berichten immer viel Raum eingenommen hat, ist aktuell durch ein rückläufiges Infektionsgeschehen gekennzeichnet. Dennoch bleibt die 7-Tage-Inzidenz immer noch sehr hoch. Heute liegt sie bei 81,2. Das Virus ist weiter präsent und wir können mit Blick auf Herbst und Winter neue Höchststände nicht auszuschließen.

Die gute Nachricht ist, dass in die Mehrzahl der an Corona erkrankten Patienten einen leichten bis mittelschweren Verlauf haben und unsere Krankenhäuser die zu behandelnden Patienten gut versorgen können.

Derzeit halten wir die Impfinfrastruktur sozusagen im Stand-by-Modus, um ggf. im Herbst schnell reagieren zu können. Dafür gewährt uns das Land Brandenburg eine Kostenerstattung für zwei Personalstellen, die vom DRK Ost vorgehalten werden.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes sind neben der Corona-Pandemie zusätzlich mit der Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht befasst. Insgesamt wurden dem Amt bisher 377 Personen gemeldet, die keinen Nachweis an die Leitung ihrer Einrichtung oder ihres Unternehmens über eine vollständige Impfung, einen gültigen Genesenen-Status oder eine medizinische Kontraindikation der Impfung gegen den Covid-19-Virus vorlegen konnten. Jeder Fall wird einzelfallabhängig bearbeitet und darf schlussendlich nicht zur Gefährdung der Arbeitsfähigkeit in Arztpraxen, Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen führen. Ich denke, jedem von Ihnen hier im Saal ist bewusst, dass in all diesen Bereichen Personalmangel herrscht.

Und - das möchte ich an dieser Stelle auch nicht verschweigen - unsere Aufgaben im Gesundheitsamt, wie Schuleingangsuntersuchungen, zahnärztliche Untersuchungen, Untersuchungen der Badegewässer, Kontrollen der Hygieniker und vieles mehr muss auch irgendwie durchgeführt werden. Nach wie vor eine fast nicht zu lösende Aufgabe - und auch da bin ich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere der stellv. Amtsleiterin Frau Krasemann - dankbar, dass diese

Aufgabenvielfalt, insbesondere auch bei unserem Ärztemangel über diese lange Zeit in so hoher Qualität absolviert worden ist.

Ein weiteres Thema, das uns nun schon seit 10 Monaten beschäftigt, ist die Eindämmung der **Afrikanischen Schweinepest** in der Uckermark. Mit Stand heute wurden in unserem Landkreis insgesamt 79 Fälle amtlich bestätigt. Zwei Fälle befinden sich noch in der Klärung. Erfreulicherweise liegen alle Funde innerhalb der Kerngebiete. Die Errichtung der Schutzzäune zeigt also Wirkung und wird hoffentlich auch weiterhin eine Ausbreitung verhindern.

Ein anderes Thema, das insbesondere im Templiner Raum für Unverständnis und Unruhe sorgt, ist die zum Fahrplanjahr 2023 vom Land beabsichtigte **Einstellung des Bahnbetriebs auf der Regionalbahnlinie 63** zwischen Templin und Joachimsthal.

Ich selbst wurde mit dieser Ankündigung am 23. Mai überrascht, kann allerdings die Begründung des Infrastrukturministeriums nachvollziehen. Leider konnten die Beförderungszahlen von 300 Personen pro Tag bei weiten nicht erreicht werden. Sie liegen derzeit nach meiner Kenntnis bei 155 Fahrgästen pro Tag. Weiterhin muss diese Bahnstrecke, wenn ein Dauerbetrieb stattfinden soll, ertüchtigt werden. Die dafür notwendigen Kosten belaufen sich nach früheren Schätzungen auf 40 Mio €. Die jährlichen Kosten für die Bestellung des RB63 belaufen sich auf 2 Mio €. Der Landkreis bezahlt für die RB63 71.400€ und zusätzlich 68.000€ für ein vorgehaltenes Angebot des Schülerverkehrs.

Vorbesprochen ist mit Minister Beermann ein gemeinsamer Termin mit Bürgermeister Tabbert, um Lösungsansätze zu finden. Mein Wunsch ist es, wenn diese Linie nicht weitergeführt wird, als Ersatz verschiedene Plus-Bus-Linien zu ermöglichen, um ein besseres, ortsnahes Angebot über unseren ÖPNV zu organisieren und auch den Stundentakt von Templin nach Berlin einzufordern.

Werte Damen und Herren,

neben den vielen Herausforderungen und Krisenbewältigungen läuft natürlich auch der normale Verwaltungsbetrieb mit all seinen Aufgabenstellungen und Problemlagen weiter.

So treten ab dem 1. Juli im Rechtskreis des **SGB II zwei neue Gesetze** in Kraft. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre, die im Haushalt ihrer Eltern leben und Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld haben, erhalten ab Juli einen monatlichen Sofortzuschlag in Höhe von monatlich 20 Euro. Dieses Geld soll bis zur Einführung der geplanten Kindergrundsicherung gezahlt werden.

Alle erwachsenen Leistungsberechtigten, die für den Monat Juli 2022 einen Anspruch auf Alg II oder Sozialgeld haben, erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro.

Beide Leistungen werden von Amts wegen ausgezahlt. Separate Antragstellungen sind nicht erforderlich.

Immer wieder von großem Interesse ist der Stand unseres größten Infrastrukturprojektes **Breitbandausbau**. Deshalb möchte ich auch darüber kurz informieren.

Der Breitbandausbau im Projektgebiet Schwedt ist auf der Zielgeraden. Ende des Monats werden die Bauarbeiten beendet sein. Die Ausbauquote beläuft sich hier auf 94,6 Prozent. Im anderen Projektgebiet wurden bisher ca. 1.900 Hausanschlüsse errichtet. Noch in diesem Monat werden die ersten Hausanschlüsse in Betrieb genommen. 83,3 Prozent der förderfähigen Haushalte haben sich in diesem Bereich bisher für einen Breitbandausbau entschieden.

In einzelnen Teilen dieses Ausbaugebietes kam es in den zurückliegenden Monaten zu Verzögerungen im Bauablauf. Die Gründe dafür lagen nach Aussagen der e.discom sowohl darin, Gestattungen für das Queren von privaten Flächen zu erhalten als auch in einer mangelhaften Bauausführung durch Nachauftragnehmer. Es wurden seitens des Auftragnehmers zwischenzeitlich verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um den Ausbau zu beschleunigen. Ziel ist und bleibt es, den Ausbau auch in diesem Projektgebiet planmäßig zu realisieren.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung werden Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, über einen **Partnerschaftsvertrag** mit dem polnischen Landkreis Walcz abstimmen. Mit dem Landkreis Gryfino verbindet uns bereits seit mehreren Jahren ein solcher Vertrag.

Vor zwei Wochen hatten wir hier in der Uckermark einen Erfahrungsaustausch mit den Landräten und Vizelandräten dieser beiden polnischen Kreisverwaltungen. Am ersten Tag des Besuchs haben wir uns zu gemeinsamen Projektideen in der nächsten Interreg-Förderperiode ausgetauscht. Zum Beispiel Katastrophenschutz an der Oder, Feuerwehr-Unterricht an Schulen und grenzübergreifende Tourismusangebote.

Während des Aufenthaltes haben wir Kultureinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen der Region besucht, darunter die Firma AKOTEC in Angermünde, das Angermünder Bildungswerk und die Firma Hemme Milch in Schmargendorf sowie das Dominikanerkloster in Prenzlau. Die polnischen Gäste zeigten sich interessiert an den Angeboten der uckermärkischen Unternehmer und tauschten sich über Möglichkeiten einer Zusammenarbeit aus.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Abschluss meines Berichtes möchte ich noch darauf hinweisen, dass am Wochenende die **28. Brandenburgische Seniorenwoche** beginnt. Unter dem diesjährigen Motto „Für ein lebenswertes Brandenburg- solidarisch, aktiv, mitbestimmend, für alle Generationen“ finden auch in der Uckermark zahlreiche Veranstaltungen, Lesungen und Diskussionsrunden statt. Koordiniert und organisiert durch die örtlichen Seniorenbeiräte informieren auch viele haupt- und ehrenamtliche Bürgermeister die älteren Einwohnerinnen und Einwohner ihrer Gemeinden über die aktuellen Entwicklungen. Auch der Landkreis führt auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses aus dem Jahr 2005 zurzeit die beliebten Seniorenfahrten mit

den Kreistagsfraktionen durch. Die Resonanz ist auch in diesem Jahr wieder sehr groß.

Und am Samstag um 10 Uhr wird bei der Hemme Milch GmbH in Schmargendorf die **27. Brandenburger Land**partie eröffnet.

Viele Betriebe, nicht nur landwirtschaftliche, öffnen ihre Türen für Besucher, stellen ihre Produkte und Arbeitsweisen vor und ermöglichen Einblicke, die dem normalen Bürger sonst verwehrt bleiben.

Unter Landpartie.de können Sie sich Unternehmen in Ihrer Region suchen, die am Wochenende dem Besucher Rede und Antwort stehen.

Damit möchte ich enden und antworte gern auf Anfragen, so Sie welche haben.